

Es vergeht fast keine Woche, dass der Zeitungsleser nicht über den ersten Spatenstich für ein neues Baugebiet oder eine Straße informiert wird. Da stehen dann Herren und gelegentlich auch Damen mit Spaten oder Schaufeln da und werfen den Fotografen Erde vor die Linse. Und dies nicht etwa in Trauer und schwarz gekleidet angesichts der Pflicht, Natur zu Bauland machen zu müssen, nein, diese Riten werden nach wie vor in Festtagslaune und mit einem Gläschen Sekt begangen. Erste Spatenstiche werden als Meilensteine für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde angesehen: Wachstum, Neues schaffen ... Wenn Dutzende Bagger arbeiten und Baukräne sich drehen, dann gilt das nach wie vor als Inbegriff des Fortschritts. Begründungen für die Erschließung neuen Baulandes gibt es immer: Die Jugend solle am Ort gehalten werden, die örtlichen Geschäftsleute erhielten neue Kunden oder es könne doch einfach sein, der ersehnte «Tag X» trete ein, an dem ein Investor beim Bürgermeister anklopft und anfragt, ob er ganz schnell ein «Fabrikle» bauen könne. Was das alles nach sich zieht an neuer Infrastruktur und höherem Verkehrsaufkommen, schreckt die Erdewerfer an solchen Tagen der Freude nicht. Die Folgen schlagen sich dann Jahre später in anderen Zeitungsberichten nieder, wenn sorgenvolle Bürgermeister und Gemeinderäte angesichts anstehender Haushaltsberatungen mehr Geld vom Staat fordern, um Kläranlagen ausbauen, Kindertagesstätten vergrößern und die überfälligen Umgehungsstraßen bauen zu können.

Jahrzehnte ist dies nun so gegangen. Kritische Stimmen nehmen aber zu, und dies nicht nur von Seiten von Naturschützern, die wegen des Rückgangs von Feldlerchen, Juchtenkäfern, Zauneidechsen und Halsbandschnäppern Alarm schlagen. Nein, das Thema «Flächeninanspruchnahme» ist zu einem politischen Thema geworden. Auf «netto Null» wollte schon Ministerpräsident Günther Oettinger die Flächeninanspruchnahme reduzieren; die jetzige Landesregierung ist etwas vorsichtiger mit Zahlenangaben, will aber Ernst machen mit der Reduzierung des «Landverbrauchs». Die Regierungspräsidien und Landratsämter als zuständige Genehmigungsbehörden für die kommunale Bauleitplanung werden mittels sogenannter Zielvereinbarungen aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Baulanderschließungen drastisch reduziert werden und stattdessen innerhalb der Gemeinden Baulücken geschlossen und nicht mehr zeitgemäß genutztes Gelände neuen Zwecken zugeführt wird. Kaum waren diese Zielvereinbarungen in der Welt, gab es auch schon heftigen Widerspruch: Oberschwäbische Landräte nahmen für ihre Kreise in Anspruch, dass da andere Maßstäbe als in

anderen Landesteilen gelten müssten, und Bürgermeister aus eben diesen anderen Landesteilen ließen direkt oder über den Gemeinde- und Städtetag wissen, dass man mit diesen neuen Vorgaben im Abendland nicht (über-)leben könne.

Also weiter so wie bisher? Und dies trotz Stagnation der Bevölkerungsentwicklung und absehbaren Bevölkerungsrückgangs, trotz alternder Gesellschaft und absehbaren Freiwerdens von Wohnraum? Soll die auf Dauer ruinöse Flächenkonkurrenz zwischen Gemeinden so weitergehen? Kann es unsere Gesellschaft verkraften, sich bei immer weniger Steuerzahlern immer neue Lasten und Kosten aufzubürden? Gewiss, ein aktives Management zum Beschaffen von Baumöglichkeiten innerhalb der Gemeinden ist wesentlich anstrengender als das eingeübte Erschließen neuen Baulandes am Ortsrand. Aber es gibt ja durchaus auch Gemeinden, die erfolgreich (und mit nicht unerheblichen Förderungen) Flächenbedürfnisse für Wohnen und Arbeiten innerorts befriedigen. Allerdings reichen wohl die Finger zweier Hände, um derartige Beispielgemeinden zu zählen.

Auch gute Ansätze des Umdenkens gibt es. So hat vor einiger Zeit im Landratsamt Ludwigsburg – der Kreis Ludwigsburg im Randbereich des Verdichtungsraums Stuttgart ist unzweifelhaft den «Grenzen des Wachstums» sehr nahe gekommen – ein «Demografieforum Raumplanung und Flächennutzung» stattgefunden, in dem sich alle Teilnehmer einig geworden sind, dass ein Umdenken und Umsteuern dringend notwendig ist. Die an die Leinwand geworfenen Grafiken und Argumente waren schlagkräftig. Da kann man nur hoffen, dass der Theorie auch bald die Konsequenzen folgen.

Der Schwäbische Heimatbund ist – wie andere Naturschutzverbände auch – der festen Überzeugung, dass die Konkurrenz der Gemeinden um neue Baugebiete und neue Einwohner in Bälde umschlagen wird und eine neue Konkurrenzsituation entstehen wird. Vorteile haben dann die Gemeinden, die mehr Natur und Landschaft zu bieten haben. Zum Standortvorteil kann dann durchaus die Frage werden, wo man die schöneren Spaziergänge machen kann! Diese absehbare Entwicklung hat allerdings für manchen Bürgermeister unliebsame Konsequenzen. Für feierliche Spatenstiche gibt es beim bewussten Flächensparen kaum Anlass ...

Der Schwäbische Heimatbund hat im Februar 2012 zehn Forderungen zum Thema Flächensparen aufgestellt. Nachzulesen sind diese in der Broschüre «Heimat stärken – Landschaftsverbrauch eindämmen» (<http://schwaebischer-heimatbund.de/downloads/SHBLandschaftsverbrauchkl.pdf>).